

Diese Zeitung erscheint  
jede Woche Sonnabend.  
Preis pro Exemplar durch  
die Post: Bezug 1,-  
eingetragen in die Post-  
zulassungsliste Nr. 6482.



# Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von L. Greb.  
Druck von C. A. H. Meister & So., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover.  
Redaktionsschicht: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:  
Hannover, Nitschauerstraße 7, 2. Et. — Fernschrech-Anschluß 3002.

## Krieg und Geschäftsmoral.

In den ersten Kriegswochen schien es beinahe so, als ob diejenigen recht behalten sollten, die im Kriege einen Wecker menschlicher Tugenden, einen Vornittslicher Kräfte sahen, die ihn herbeisehnten als einen Jungbrunnen für die verdorbene Menschheit. Selbst in Kreisen, die den Krieg nicht herbeiwünschten, sondern mit allen Kräften gegen ihn ankämpften, weil sie an die ihm zugeschriebenen guten Wirkungen nicht glaubten, brach sich nach Ausbruch des Krieges die Auffassung Bahn, daß dem bösen Kriege die gute Seite doch nicht ganz fehlt, daß den gesellschaftszerstörenden Wirkungen auf der einen, gesellschaftsfördernde Kräfte auf der andern Seite gegenüberstehen. „Der Krieg schafft Situationen, die nicht gesellschaftsaufklärend, sondern in hohem Maße gesellschaftsfördernd wirken, die in allen Volkskreisen in ganz ungeahntem Maße soziale Kräfte wiede[n] und sozialfeindliche Bestrebungen eliminieren (ausschalten). Sie wirken nicht zerstörend, sondern einigend...“ schrieb das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommision im September 1914. Noch weitergehend hieß es, der Krieg sei „eine Angelegenheit des ganzen Volkes“ und „wie kaum irgendein andres Ereignis geeignet, sozialistisch zu wirken“. Eine Folge dieser sozialistischen Wirkung des Krieges sei, daß „privater Eigennutz“ als ein Verbrechen an der Nation, als „unpatriotisch“ „verbrandmarkt“ würde. „Ein Volk im Kriege muß sozialistisch empfinden, aber auch sozialistisch denken und handeln, besonders ein Volk, das die allgemeine Wehrpflicht als Grundlage seiner Selbsterhaltung gemacht hat.“

Das war im September 1914. Damals entsprachen solche Ausführungen tatsächlich der Stimmung und der Auffassung weiter Volkskreise. Allerdings entsprachen sie schon damals den tatsächlichen wirtschaftlichen Vorgängen nicht mehr. Das Wirtschaftsleben — wenn man diesen allgemeinen Begriff hier brauchen darf — hatte den lähmenden Einfluß der ersten Kriegsstimmung schnell abgeschüttelt und der überschäumenden Begeisterung der ersten Kriegstage sich rasch entzogen. Die eigentliche Triebkraft des kapitalistischen Wirtschaftssystems, die Sucht nach Profit, setzte sich nach einer kurzen Stauung wieder durch, und der „private Eigennutz“ war nur noch für ideologische Schwärmer ein Verbrechen an der Nation, tatsächlich war er das regulierende Prinzip der ganzen Kriegswirtschaft.

Heute sind auch die Stimmen verfloßen, aus denen heraus Ausführungen, wie wir sie oben wiedergaben, erklärlich waren. Heute steht der private Eigennutz geradezu Triumph. Die Kriegsgewinner häufen Millionen auf Millionen, ein ganz neues „Geschlecht“ von Millionären wächst heran, und die öffentliche Meinung — huldigt dem goldenen Kalbe. Zwar steht noch hier und da ein Mahner und Warner auf, aber er gleicht dem Prediger in der Wüste. Die Sozialmoral ist zum Teufel gegangen, das Wirtschaftsleben wird beherrscht vom Eigennutz in seiner brutalsten Form, Ehrlichkeit wird im geschäftlichen Leben der Dummheit gleichgestellt, der Betrug ist allgemeine Verkehrsritte geworden. Ein allgemeiner Kriegsgang der Wirtschaftsmoral ist eingetreten, statt des erhofften und verkündeten moralischen Aufschwungs. In der „Hilfe“ verbreitet sich Heinz Pott hoi über dieses Thema eingehender. Von seinen Ausführungen geben wir nachstehend einiges wieder als Illustration zu unseren Darlegungen. Pott hoi schreibt:

„Die Mahnung des preußischen Handelsministers, daß der Krieg nicht als Konjunktur ausgenutzt werden dürfe, hat gar keinen Erfolg gehabt. Der Krieg wird allgemein als Konjunktur ausgenutzt. So allgemein, daß ein sehr achtbarer, anständiger Kaufmann die Bemerkung wagte: „Wer in diesem Kriege nicht reich wird, verdient nicht, ihn zu erleben.“

Wenn Rüstungsbetriebe und andre Heereslieferanten, Zuliefertäfiken, Brauereien, Nahrungsmittelunternehmungen aller Art Gewinne von 20 v. H., 30 v. H., 50 v. H. und mehr verteilen, wenn sie ihr Kapital verdoppeln und verdreifachen, ihren Betrieb abschreiben, ihren Aktionären neue Aktien schenken, nur um nicht die Dividende noch über solche Sätze hinausgehen zu lassen, so ist das Kriegsmaul, auch wenn die Lieferungen noch so reell, notwendig und verdienstlich waren, auch wenn an einzelnen Geschäften nicht mehr verdient wurde als der nach der Bundesstaatsverordnung zugelassene Satz.

Ehe wir das nicht ins allgemeine Bewußtsein gebracht, ist keine Änderung möglich. Gesetze allein machen es nicht. Im Gegenteil hat die Überfülle von sich übersteigenden, sich widersprechenden Vorschriften die unheilvolle Folge gehabt, daß der Respekt vor dem Gesetz ins Banken geflossen ist. Gegenwärtig gibt es keinen Strafmündigen in Deutschland, der nicht auf Grund von Verstößen gegen Kriegsverordnungen ins Gefängnis gebracht werden könnte! Was ist das für ein Zustand! Das muß noch ein Jahrzehnt hinaus in den Frieden nachwirken.

Aber das Unrat frisht weiter. Der Geiß der Gewinnsucht, der das eigene Interesse rücksichtslos vor dem Gemeinwohl zur Geltung kommen läßt, bleibt durchaus nicht auf die Unternehmer im Landwirtschaft, Industrie, Handwerk und Handel beschränkt, sondern ergreift auch die andern Kreise, die bisher nicht so „kapitalistisch“ zu denken pflegten. Die Angestellten und Arbeiter sehen, was mit ihrer Arbeit verdient wird. Sie sehen auch, wie die Kriegsgewinne gemacht, mit welchen Mitteln dem Reiche die Millionen aus der Tasche gezogen werden — und sie folgen teilweise dem Beispiel ihrer „Vorgesetzten“. Nicht nur mit Lohn-

forderungen, sondern, was auch hier das schlimmere ist, auch mit Benutzung von skurrilen Wegen.

Der Hauptweg ist die Besteigung; mag sie im Einzelfalle als harmloses Trinkgeld, oder als im Frieden strafbares Schmiergeld, als Einzelvergütung oder als dauernde Provision und Gewinnbeteiligung auftreten. In weiten Teilen des Wirtschaftslebens ist auch diese Bestechung von Angestellten längst zur anerkannten Verkehrsritte geworden, ohne deren Befolgung weder ein Auftrag noch eine Beförderung zu erlangen ist.

Ein zweiter Weg ist die Unterschlagung und der Diebstahl. Ich möchte nicht so weit gehen, zu behaupten, daß beide auch schon als Verkehrsritte anerkannt sind. Aber daß der Respekt vor dem Eigentum anderer ganz bedenklich insanken kommt ist, sieht jeder. Es braucht nur ein Wagen kurze Zeit unbewacht auf der Straße oder dem Eisenbahngleis zu stehen, so ist er sicher halb ausgeraubt. Namentlich Sendungen von Nahrungsmitteln, Brennstoffen und ähnlichem knappen Lebensbedarfe gelten als vogelfrei.

Das schlimmste ist, daß beide „Unsitzen“ auf das Beamtentum übergegriffen haben. Wer wundert sich noch, wenn Postsendungen „verloren gehen“ und Bahnsendungen nur mit halbem Inhalts Ziel kommen? Der Krieg hat ja dazu genötigt, die früher streng Scheidung zwischen Regierenden und Regierten aufzuheben. Zahllose Privatpersonen sind nach einfacher „Verpflichtung“ mit Aufgaben öffentlicher Verwaltung betraut worden; die Beamten stecken viel mehr in Wirtschaftsdingen als früher. Diese Vergnügung hat einen Niedergang auch der Beamtemoral gezeitigt. Wieder möchte ich ausdrücklich betonen, daß ich nicht verallgemeinern und vor allem nicht etwa der Masse der berufsmäßigen Beamten einen Makel anheften will. Das Aufschlagspersonal hat der Versuchung der Kriegskonjunktur nicht standgehalten. Und es hat keinen Zweck, die Augen vor den Tatsachen zu verschließen. Solche Tatsache aber ist, daß der Unternehmer, der einen Auftrag von einer Behörde will, der Rohstoffe freigegeben, Brennstoffe geliefert, braucht, dessen Eisenbahnsendung erdig ist, der eine Rechnung bald anerkannt und bezahlt sehen möchte, gut tut, einige blaue Lappen einzustechen, mit denen er den Eifer der zuständigen Organe ansporn.

Das beigrüßt sich — leider — nicht nur auf untergeordnete Stellen, sondern geht teilweise sehr weit nach oben, in Kreise, auf deren Unantastbarkeit wir in Deutschland bisher mit Recht stolz waren. Auch hier haben sich neue Gewohnheiten gebildet, die mit sogenannten russischen Zuständen vergleichbare Neugierigkeit haben. Ja, das Unrat könnte unten gar nicht so wüthern, wenn nicht oben gefündigt würde und das Gefühl für die guten alten Traditionen des Beamtenstums schwände. Die Hauptformen der neuen Verbindlichkeit sind hier — neben Versorgung mit Lebensmitteln usw. — die Aussicht auf eine gutbezahlte Stelle im gewerblichen Leben und die stillen Beziehungen am Geschäftsgewinne.

Wer diese Andeutungen für übertrieben hält, frage einmal bei aufrichtigen Männern des Wirtschaftslebens in Berlin oder Hamburg, im Rheinlande oder in Sachsen nach. Da wo am meisten verdient wird, da wird auch am meisten gesündigt.

Somit Pott hoi. Seine Ausführungen sind werwolf als ein Beitrag zur Aufhellung der Kriegsmoral. Wenn aber Pott hoi Besserung herbeizuführen hofft durch einen Appell an die „führenden Männer des Wirtschaftslebens“, je möchten „gemeinsam sich aller Bereicherung durch den Krieg entzünden“, so verrät er damit eine Auffassung von den treibenden Kräften unseres Wirtschaftslebens, die viel weniger erfreulich ist als seine rücksichtlose Gloristellung der Wirtschaftsmoral. Dieser Moral ist überhaupt nicht aufzuhelfen. Weder durch Ermahnungen noch durch Gesetze, weder durch der Prediger noch durch den Richter. Sie ist eine notwendige Begleitertheimung des Krieges. In einem geordneten Wirtschaftsleben kommt der kapitalistische Wirtschaftsträger mit einer „geordneten“ Moral, mit einer durchschnittlichen Ehrlichkeit aus; je mehr der Krieg dieses Wirtschaftsleben in Unordnung bringt, seine Bedingungen ändert, seine Grundlagen zerstört, um so weniger kann sich der Kapitalist an die allgemeinen Regeln der Moral, an die geltenden Grundsätze eines ehrbaren Geschäftsmannes binden — wenn er ebenbleiben oder heraustritt. Das will er aber! Also ordnet er alles andre diesem Streben unter, also preist er auf die Geschäftsmoral und auf aufrichtige Geschäfte, also denkt er: „wer jetzt nicht reich wird, ist ein Narr!“

Wer gegen diese Kriegshölle anstreiten will, der muß gegen den Krieg ankämpfen, der des Nebels Wurzel ist. Wer aber gründlich helfen und befreien will, der muß auch fordern, daß der ganze Adler umgearbeitet wird, auf dem die verderbliche Bucherpfanne des Krieges gedeckt.

## Wahlrechtsreform in Preußen.

Der preußische Landtag ist zur Zeit dabei, sich sein eigenes Verhältnis zu bereiten. Er bereit — augenscheinlich in einer großen Kommission — eine Vorlage der Regierung, die das Dreiklassenwahlrecht durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheimer Wahlrecht ersetzen will. Wird die Vorlage der Regierung ohne wesentliche Berichtigungen angenommen, so ist eine starke Verschiebung der Parteivertretungen im Landtag die Folge. Die Arbeiterchaft wird dann eine ihrer Zahl und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung wenigstens annähernd entsprechende Vertretung er-

Anzeigenpreis:  
Arbeitsvermittlungs- und  
Bauhöfen-Anzeigen die  
3 gehaltene Kolonel-Seite  
50,-  
Geschäftsanzeigen werden  
nicht aufgenommen.



mann u. So., G. m. b. H., Berlin, Gräflich Henke von Donnersmarck Papierfabrik A.-G.

Diese Firmen gehören zu den größten und leistungsfähigsten Unternehmungen des Hartmann'schen Spinnpapierkonzerns. Die Vorstände des Spinnpapierkonzerns, Generaldirektor Wilhelm Hartmann und Joseph Blumenstein, sind denn auch in den Aufsichtsrat der Gesellschaft gewählt worden.

So zieht der Papiergarnkonzern immer mehr leistungsfähige und teilweise auch recht kapitalstarke Firmen in seine Fangarme und wird dadurch eine immer größere Gefahr für das deutsche Wirtschaftsleben. Wenn diese Gruppe jemals in den vor langer Zeit von ihrem Freunde R. G. proklamierten Spinnpapierkrieg eintreten sollte, dann hat die Regierung allerdings eine harte Nuss zu kneten. Auf alle Fälle wird der Vater Staat gut tun, bei der Finanzgriffnahme der Monopolisierung verschiedener Industrien auch die beiden Papiergarnkonzerte liebhaft aufzunehmen.

## Noch ein neuer Zusammenschluß in der Spinnpapier-Industrie.

Bemerklich haben sich im Jahre 1916 36 Spinnpapierfabrikanten zu einer Vereinigung der Spinnpapierfabriken zusammengeschlossen und als ihren Vorsitzenden den Direktor Papierfabrikanten Robert Emmel, von der Firma Brüder Schmitz in Düren, gewählt. Weitere andre Papierfabrikanten halten sich den bestehenden Papiergarnkonzerten angegliedert oder ihre Betriebe an diese verkaufst oder verpachtet.

Am 3. Dezember 1917 wurde in Berlin ein neues Syndikat unter dem Namen "Syndikat Deutscher Spinnpapierfabriken" gegründet, das bei seiner Gründung über eine monatliche Spinnpapiererzeugung von mehr als 3000 Tonnen verfügt. Der Anschluß weiterer Spinnpapierfabriken steht in nächster Aussicht. Als Sitz des Syndikats wurde Berlin bestimmt und als Aufsichtsratsvorsitzender Director Elsner, von der Aktiengesellschaft für Zellstoff- und Papierfabrikation, früher Aktiengesellschaft für Maschinenpapierfabrikation in Aschaffenburg, gewählt. Dieser Zusammenschluß der Spinnpapierfabrikanten bringt für die Papierarbeiter erneut die Mahnung in sich, nun auch ihrerseits durch eifige Werbung neuer Mitglieder für ihre Berufsorganisation dafür zu sorgen, daß nach dem Kriege dem syndikalistischen Unternehmertum eine festorganisierte Arbeiterschaft gegenübersteht. Nur so ist es möglich, auch in den kommenden Wirtschaftskämpfen der Friedenszeit die Interessen der Papierarbeiterchaft wirksam zu vertreten.

## Speck, Graupen, Mehl und andre Lebensmittel.

Seit der Rationierung der Lebensmittel ist es ein offenes Geheimnis, daß Leute, die über einen genügend gesparten Geldbeutel verfügen, immer noch reichlich Gelegenheit haben, sich auf Schleichwegen Lebensmittel der verschiedensten Art zu beschaffen. Wer trotzdem an dem Beispiel eines ausgedehnten Schleichhandelsystems noch geweckt haben sollte, der ist durch die kürzlich veröffentlichte Denkschrift des Neuwöllner Magistrats und durch die Mitteilungen im Kreisler Stadtparlament sicher eines Besseren belehrt worden. Einen neuen Beitrag zu diesen Lebensmittelbeschaffungen liefert auch eine Notiz in Nr. 52 (1917) des "Wochenblattes für Papierfabrikation", in der über eine Weihnachtsbeschaffung der Papierfabrik Bräuer u. Co. in Neuweilnitz folgendes geschrieben steht:

"Eine schöne, aber auch zeitgemäße Christbeschaffung hat die Papierfabrik Bräuer u. Co. in Neuweilnitz (Schlesien) am Sonntag, dem 23. Dezember, ihren Angestellten und Arbeitern geboten. Nach einer kurzen Ansprache des Direktors erfolgte die Verteilung von Lebensmitteln, Speck, Graupen, Mehl u. a."

Selbstverständlich fällt es uns gar nicht ein, darüber eine Entzündung zu murmeln, weil die Firma Bräuer u. Co. ihren Angestellten und Arbeitern einen "zeitgemäßen" Beitrag in die ausgehöhlten Kriegsmägen verleiht hat. Wir wissen ganz gut, daß die zugeteilten Lebensmittelungen zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel sind, und daß deshalb eine außerordentliche Weihnachtsgabe von der Arbeiterschaft zweifig begrüßt wird. Vorgegen wir uns wenden, daß ist die geradezu unermüdliche Lebensmittelerschaffung und -verteilung im Reiche. Durch das jetzt herrschende System ist den Reichs Gelegenheit gegeben, durch Bucherpreise unterschiedene oder gestohlene Lebensmittel zu erwerben und dabei trotz aller Kriegsnöte in Freuden zu leben, während die minderbemittelten Volkskreise schwärmen und "Kohlampf schließen". Dabei wird dieses System dadurch keinen Schritt Barber besser, daß man der Arbeiterschaft bei festlichen Anlässen gelegentlich einige Zuschüsse brachten. Dem ganzen System ernsthaft und schnell an den Kerzen zu gehen und für eine gründliche Erziehung und gleichmäßige Verteilung der vorhandenen Lebensmittel zu möglichen Preisen Sorge zu tragen, müßte die dringende Aufgabe von Staat und Kommunen sein. G. St.

## Keramische Industrie

### Kapital und Arbeit in der oberschlesischen Zementindustrie.

#### I.

In Nr. 38 des "Proletariers" ( vom 22. September v. J.) ist ausführlich geschildert worden, daß die oberschlesische Zementindustrie für das Kriegsjahr 1916 mit guten Geschäftsaussichten vor die Aktionäre treten konnte. Aus den Geschäftsberichten ging auch hervor, daß sie hauptsächlich aus der Kriegskonjunktur profitierte. Die aus der selben angehämmelten Geldreserven ermöglichten den oberschlesischen Zementwerken, zu der siebenten Kriegsanleihe mit namhaften Beträgen beizusteuern. Aus Einzelmitteilungen der Tagespresse entnehmen wir darüber folgende Angaben: Schlesische A.-G. für Portland-Zement-Fabrikation zu Großschönau hat auf die 7. Kriegsanleihe 250 000 Mt. gezeichnet (auf die früheren Anleihen 1 300 000 Mt.). Portland-Zementfabrik vorm. A. Giesel in Oppeln zeichnete 150 000 Mt., Oberschlesische Portland-Zementfabrik A.-G. in Oppeln 200 000 Mt., Oberschlesische Portland-Zement- und Kalkwerke A.-G. zu Groß-Strehlitz 100 000 Mt.

Zum Schluß ist in dem ersten Artikel darauf hingewiesen worden, daß gegenüber der guten Lage des Kapitals in der oberschlesischen Zementindustrie die Arbeits- und Lohnbedingungen der Zementarbeiterchaft nirgends im Reiche so ungünstig sind, wie gerade in Oberschlesien.

Worauf ist das zurückzuführen? Wichtig ist dabei die Tatsache, aus welchen Elementen die in den oberschlesischen Zementfabriken beschäftigten Arbeiter sich rekrutieren. Sie stammen aus den umliegenden Dörfern der Kreise Groß-Strehlitz und Oppeln, wo man mit vielen Besitzern kleiner ländlicher Anwesen zu tun hat, aus welchen sie ihren vollen Lebensunterhalt nicht befreiten können. Sie müssen infolgedessen auf Nebenverdienst ausgehen, sei es, daß sie als Holzfäller in den ausgedehnten forstlichen und privaten Waldbungen ihrer Umgebung Beschäftigung suchen oder daß sie sich auf den umliegenden Vorwerken der adeligen Großgrundbesitzer zur Arbeit verdingen. Außerdem begeben sich viele von ihnen für die Dauer der warmen Jahreszeit zur Arbeit auf die Baustellen nach dem oberschlesischen Montanindustriegebiet, oder sie finden Beschäftigung auf den nahe gelegenen Zementwerken in Gogolin, Großschönau, Oppeln usw.

Die Ergebnisse der letzten Betriebszählung im Jahre 1907 weisen nach, wie zahlreich die Besitzer solcher kleiner ländlichen Anwesen in den Kreisen Groß-Strehlitz und Oppeln vertreten sind.

Im Kreise Oppeln wurden damals insgesamt 16 093 landwirtschaftliche Betriebe mit 68 872 Hektar Fläche festgestellt, darunter 2373 Betriebe bis 2 Morgen, welche über kaum 555 Hektar Gesamtfläche verfügten, und 6982 Betriebe in der Größenklasse von 2 bis 8 Morgen, mit insgesamt 6555 Hektar. Im Kreise Groß-Strehlitz befanden sich unter insgesamt 8042 landwirtschaftlichen Betrieben mit 50 887 Hektar Gesamtfläche an Betrieben der ersten Art 1203 mit 284 Hektar Fläche, an Betrieben der zweiten Gattung 3169 nur 3345 Hektar Areal.

Solche landwirtschaftliche "Besitzer" sind eben notwendigen gezwungen, Nebenverdienst zu suchen. Aus ihnen rekrutieren sich überwiegend die in der oberschlesischen Zementindustrie beschäftigten Arbeiter. An die Scholle gebunden und von der Hoffnung geleitet, daß es ihnen gelingen wird, von den ersparten Geldern nach einigen Jahren des Schustens in den industriellen Etablissements etwas Grund und Boden hinzukaufen, bilden sie für die gewerkschaftliche Organisation ein nicht leicht zu gewinnendes Material. Ihr Fernbleiben von der gewerkschaftlichen Organisation wirkt natürlich in ungünstiger Weise auf die Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Was speziell die Gesundheitsverhältnisse in den oberschlesischen Zementfabriken betrifft, so gewährt einen Einblick, und zwar nicht zum Vorteil Oberschlesiens, der Bericht des Gewerbeaufsichtsbeamten für den Regierungsbezirk Oppeln vom Jahre 1911. Dass seitdem die geschilderten Verhältnisse sich zum Besseren gewandt haben sollen, ist kaum denkbar: während der Kriegszeit waren die oberschlesischen Zementindustriellen sicherlich nicht geneigt, sich um bessere Gestaltung der sanitären Verhältnisse ihrer Werke, wodurch für sie Unfälle entstehen würden, zu kümmern. Es kann demnach der Zustand vom Jahre 1911 als zur Zeit bestehend betrachtet werden, wenn nicht durch Beschäftigung älterer Arbeiter, da die im militärischen Alter stehenden Arbeiter sich stark verminder haben müssen, sowie stärkere Heranziehung von Frauen und jugendlichen Arbeitern eine Wendung zum Schlimmeren eingetreten ist.

Nach dem besagten Bericht der Gewerbeaufsichtsbeamten waren in ganz Preußen im Jahre 1911 in 22 Regierungsbezirken 88 Zementfabriken im Betrieb. Die meisten davon befanden sich im R.-B. Münster (23), der R.-B. Oppeln stand mit 10 Zementfabriken an zweiter Stelle. Alle in Preußen vorhandenen Zementwerke beschäftigten damals 18 132 Arbeiter, davon entfielen auf den R.-B. Münster 2399 Arbeiter, oder im Durchschnitt je 104 Arbeiter auf jedes dort vorhandene Werk, im R.-B. Oppeln dagegen beschäftigten die Zementwerke 2811 Arbeiter, so daß hier durchschnittlich in jeder Fabrik 281 Arbeiter gezählt worden waren. In Oberschlesien gehören sonach die Zementfabriken in die Kategorie der industriellen Großbetriebe.

Oberschlesien hat nun den traurigen Ruhm, daß in seinen Zementfabriken die Zahl der beschäftigten jugendlichen Arbeiter und Frauen gegenüber den andern R.-B. Bezirken am höchsten ist. Von insgesamt 607 jugendlichen männlichen Arbeitern unter 16 Jahren, die in der Zementindustrie Preußens tätig waren, entfielen allein auf Oberschlesien 181, und von insgesamt 62 Mädchen unter 16 Jahren arbeiteten im gleichen Industriezweig 60 in Oberschlesien. An erwachsenen weiblichen Arbeitern waren in ganz Preußen in den Zementfabriken 519 beschäftigt, darunter fast dreiviertel, nämlich 378, spannten ihre Kräfte in den oberen Bereich aus, nämlich 181. Oberschlesien ist nicht umsonst als oberschlesischen Zementwerken ab! Oberschlesien ist nicht umsonst als dasjenige Gebiet berühmt, wo man Massenbeschäftigung von Frauen in solchen Industriezweigen vorfindet, in welchen in anderen Gebieten der preußischen Monarchie die Frauen entweder gar nicht oder nur in geringer Anzahl beschäftigt werden. Wie schlimm es in dieser Beziehung in Oberschlesien bestellt ist, geht schon daraus hervor, daß während in ganz Preußen im Jahre 1911 auf je 100 in Zementfabriken beschäftigte Arbeitskräfte 93,4 Prozent erwachsene männliche Arbeiter, 3,2 Prozent Frauen und 3,6 Prozent jugendliche männliche Arbeiter entfallen sind, in den oberschlesischen Zementfabriken die Verteilung der Arbeitskräfte auf die einzelnen Kategorien die folgende war: 77,9 Prozent erwachsene männliche Arbeiter und daneben 15,6 Prozent Frauen und 6,5 Prozent jugendliche männliche Arbeiter.

Die Leistungsfähigkeit der oberschlesischen Zementarbeiter ist eine hohe. Im Jahre 1911 produzierten die oberschlesischen Zementwerke insgesamt 3 650 000 Zsh. Zement, was auf jeden Arbeiter durchschnittlich 1294 Zsh. Zement ergibt. Diese Leistung wird durch möglichst lange Arbeitszeit erzielt. Von der Gesamtzahl der oberschlesischen Zementarbeiter haben, laut der Nachweisung des Gewerbeaufsichtsbeamten, eine regelmäßige Arbeitszeit, abgesehen der festgelegten Betriebspausen, von 8 Stunden und weniger nur 66, mehr als 9 bis einschließlich 10 Stunden 1478, mehr als 10 bis einschließlich 11 Stunden 1076 und 1911, mehr als 11 Stunden 37. Wie schlimm auch in dieser Beziehung die Verhältnisse in Oberschlesien sind, überzeugt man sich, wenn man die Prozentzahlen für ganz Preußen denjenigen Oberschlesiens gegenüberstellt. Wir erleben dann, daß von der Gesamtzahl der Zementarbeiter an regelmäßiger täglicher Arbeitszeit gehabt haben:

	Stunden	in ganz Preußen	in Oberschlesien
8 und weniger . . . . .	19	24	
meist 9 bis 10 . . . . .	80,6	52,6	
meist 10 bis 11 . . . . .	13,8	33,2	
meist 11 . . . . .	3,7	6,8	

Wenn wo, so ist eben in Oberschlesien der gewerkschaftliche Zusammenschluß der Zementarbeiterchaft unerlässlich, um durch den Druck der Organisation die für diese so notwendige Verkürzung der Arbeitszeit, angehoben der sehr gesundheitsgefährlichen Arbeit in den Zementfabriken, durchzuführen. Des Rückhalts der gewerkschaftlichen Organisation entbehrend, hilft sich der oberschlesische Arbeiter heute in der Weise, daß er den Zementfabriken den Rücken kehrt und dort die Arbeit ergreift, wo er für sich günstigere Arbeitsbedingungen findet. Der Gewerbeaufsichtsbeamte für den R.-B. Oppeln schreibt darüber in seinem Bericht: "In den Oppeln und in nächster Nähe von Oppeln gelegenen Zementfabriken haben am häufigsten unter einem häufigen Arbeiter in einem zu leiden, da die ungelehrten Zementarbeiter in den zahlreichen andern Fabriken ohne Schwierigkeit eine ähnliche gleich hoch bezahlte Arbeit gelegenheit finden. Als eigentümliche Ercheinung wurde in einer Zementfabrik das Abwandern männlicher Arbeiter nach den Ziegelfabriken am Unterlauf der Oder angegeben, wodurch dem Betriebe im Frühjahr zahlreiche Arbeitskräfte entzogen werden, die sich ebenso regelmäßig im Herbst einzufinden. Eine andre Fabrik beschäftigt in großer Zahl Arbeiter, die das Maurerhandwerk er-

lernt haben. Diese ziehen im Frühjahr und im Sommer die lohnende Beschäftigung als Maurer der Arbeit in der Zementfabrik vor. Im allgemeinen kann man sagen, daß jede Fabrik einen Stammbau von Arbeitern hat, der etwa 50 bis 70 Prozent der gesamten Belegschaft ausmacht. Der verbleibende Rest pflegt im Laufe des Jahres mehrmals zu wechseln. Demnach würden von den rund 2800 Arbeitern der hiesigen Zementfabriken etwa 1700 seßhaft sein, während die andern zum Teil recht häufig ihren Arbeitsplatz ändern."

Bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne, würden bald diese Klage der oberschlesischen Zementherren verstricken lassen. Ohne den Druck der gewerkschaftlichen Organisation wird man jedoch die Besserung dieser ungünstigen Verhältnisse in Oberschlesien nicht erwarten können. Diese Aufgabe muß und wird der Verband der Fabrikarbeiter in entsprechendem Augenmaß in Angriff nehmen müssen.

## Verschiedene Industrien

### Vom Margarineverband.

Wie haben schon wiederholt berichtet über die Zusammenfassung der Margarineindustrie durch den sogenannten "Margarineverband". Diese am 30. Oktober des Vorjahrs geschaffene Vereinigung aller Margarinefabrikanten hat sich zur Aufgabe gesetzt, in Fortsetzung der bisherigen Tätigkeit der Kriegsbeschaffungsstelle der deutschen Margarine- und Speisefettwerke die Versorgung der Margarine- und Speisefettfabrikanten mit Rohstoffen, die Herstellung und den Absatz der Erzeugnisse und die wirtschaftliche Wiedereinführung der in der Kriegszeit stillgelegten Gesellschaften in der Übergangszeit nach dem Kriege zu regeln. Es liegt insbesondere ob die Bestimmung über Art, Ort und Umfang der Erzeugung, der Ausgleich und die Verrechnung zwischen den weiterarbeitenden und den stillgelegten Betrieben. Besonderer Wert ist bei der Abfassung seiner Satzungen darauf gelegt worden, daß für eine möglichst dauernde Existenzhaltung der stillgelegten Betriebe Sorge getragen werde, indem für die Dauer der Stilllegung in angemessener Weise an dem Gewinne der weiterarbeitenden Betriebe beteiligt werden und ihnen nach Fortfall der Gründe der Stilllegung die Wiederaufnahme des Fabrikbetriebes nach Möglichkeit erleichtert wird.

Die Bildung des Margarineverbandes erfolgte "reimäßig", d. h. die Fabrikanten vereinigten sich, dem drohenden zwangswiseigen Zusammenschluß durch Bildung einer Vereinigung zuvorzukommen. Die Regierung hat nun die private Vereinigung als möggebende allgemeine Vereinigung der Margarineindustrie anerkannt, und der Bundesrat hat durch eine Verordnung vom 22. Dezember 1917 bestimmt, daß die Herstellung von Margarine und Kunstmargarine nur den Betrieben gestattet wird, denen der Margarineverband die Genehmigung dazu erteilt wird. Damit ist dem Verband die geforderte Macht zur Stilllegung der entbehrlichen Betriebe und Vereinheitlichung der Erzeugung und des Vertriebs der Ware gegeben. Um die Tätigkeit des Verbandes einflußlos und beanspruchungsfrei zu können, ist zu den Beratungen des Verbandes ein Vertreter des Reichslandrats hinzugezogen, der Beziehungen mit der Wirkung beanspruchen kann, daß ihre Ausführung unterbleiben muss, solange nicht seitens des Reichslandrats der Einspruch als unbegründet anerkannt ist. — Daß die Interessen der Arbeiterschaft bei dieser Regelung arg zu kurz kommen, weil sie unzureichend vertreten sind, haben wir schon wiederholt dargelegt.

## Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

### Die sozialen Wirkungen der Reichswohnenhilfe.

Neben die sozialhygienischen Wirkungen der Reichswohnenhilfe waren wir bislang auf die rein subjektiven Erfahrungen angewiesen, die der einzelne Beobachter dieser Wirkungen gemacht hat. Gerade weil es sich hier um rein subjektive, im naturgemäß beschränkten Gebiete gemachte Erfahrungen handelt, könnten sie, so wertvoll sie an sich auch waren, doch kein Gesamtbild der sozialhygienischen Erfolge der Reichswohnenhilfe geben. Ein solches Gesamtbild wird sich natürgemäß schon um deshalb nicht feststellen lassen, weil die Erlangung der dazu erforderlichen statistischen Unterlagen und auch die Bearbeitung derselben in der Kriegszeit auf zu viele Schwierigkeiten gestoßen wäre. Ob es nach Kriegsende möglich sein wird, das in den Krankenhäusern zum Teil vorhandene Material durch Feststellung der Lebensdauer der Kinder, deren Müttern die Kriegswohnenhilfe zuteil wurde, zu ergänzen und dann zu bearbeiten, erscheint sehr zweifelhaft. Die Gründe hierfür wären an dieser Stelle nicht des näheren auszumachen. Das ist sehr bedauerlich, aber wir werden auf dieses Gesamtbild doch verzichten müssen. Um so mehr ist jedoch auf sicherer statistischer Grundlage beruhende Teilergebnisse aus auch nur relativ kleinen räumlichen Bezirken. Solche hat Dr. med. A. Fischer in Karlsruhe für fünf badische Städte und ebensoviel badische Stadt- und Landbezirke angefertigt. Er berichtet darüber im Oktoberheft der sozialhygienischen Mitteilungen für Baden. Das außerbadische Material wurde Dr. Fischer vom Hauptverband Deutscher Krankenkassen in Dresden zur Verfügung gestellt. Es beruht auf Fragebögen, die durch die auf Grund der Reichswohnenhilfe unterstützte Frauen in Plauen, Sonneburg, Frankenthal, Stuttgart und Dresden ausgefüllt wurden. Von den 1400 Frauen, die in den vier erfaßten Städten im ersten Vierteljahr 1915 die Wohnenhilfe empfingen haben, haben 89,34 Prozent gefüllt, davon 58,30 Prozent über 3 Monate und weitere 13,53 Prozent über 2 Monate. Die Sterblichkeit unter den Kindern aller dieser Frauen beläuft sich auf 7 Prozent. In Dresden, für welche Stadt für das ganze Jahr 1915 die Angaben vorliegen, und zwar ebenfalls für 1400 untersuchte Wohnerinnen, hatten 86,76 Prozent der Mütter für 12 Monate, davon 50,08 Prozent über 3 Monate und weitere 21,08 Prozent über 2 Monate. Auch hier bereut die Sterblichkeit mit 7 Prozent, während die Säuglingssterblichkeit im Jahre 1914 in Dresden auf 12,2 Prozent belief.

Das badische Material umfaßt für das ganze Jahr 1915 3000 Angaben; es erstreckt sich auf die Stadt- und Landbezirke Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim, Offenburg und Konstanz. Dies Material ist um deswegen von besonderer Wert, weil sich hier der Zahlenstrom vom Jahre 1915 mit einem entsprechend allerdings erheblich größeren Jahrestrom vom Jahre 1911 vergleichen läßt. Im Jahre 1911 hat nämlich die badische Regierung durch die Geburtenmutterstellen festgestellt, wie lange die im Jahre 1911 geborenen Kinder gestillt wurden und wie viele von diesen Kindern noch nach Ablauf des ersten Lebensjahres am Leben waren. Fischer betont, daß das Ergebnis seiner Untersuchungen sowohl für 1911 wie für 1915 etwas günstiger sein dürfe, als es der Wirklichkeit entspricht. Es liegen sich nämlich eine Reihe von Quellen nicht restlos ausmerzen. Außerdem auch ist zu beachten, daß das Jahr 1911 infolge seiner hohen Sommertemperatur eine hohe Säuglingssterblichkeit ausübte. Aber auch unter Berücksichtigung dieser Umstände ergibt sich ein ganz überraschend günstiges Resultat.

Zu den oben angegebenen fünf badischen Städten hatten 1911 85,41 Prozent der Mütter, 1915 91,87 Prozent gefüllt. In den Landbezirken waren die Prozentzahlen 82,28 bzw. 92,54. Im Jahre 1911 hatten in den Städten 46,52, in den Landbezirken 43,39 Prozent der Frauen länger als drei Monate das Kind an der Brust gehabt; die entsprech

